

■ AUS BERNER SICHT

Pirouetten in hoher Luft



VON DENNIS BÜHLER

Für einmal kann diese Kolumne, die ja eigentlich «Aus Berner Sicht» heisst, nicht blos in der Bundesstadt spielen. Denn die Förrlibuckstrasse 70 in 8005 Zürich liegt der Schwanengasse 2 in 3003 Bern näher, als es auf den ersten Blick scheint. Auch wenn, um von Punkt A zu Punkt B zu kommen, 123 Kilometer Asphalt auf der Autobahn A1 zurückgelegt werden müssen.

An der Förrlibuckstrasse hat Roger Köppel sein Büro, seine Redaktion und sein Wochenblatt. An der Schwanengasse hat Ueli Maurer sein Büro, seine Verwaltung und sein Armee-Kommando. Der eine denkt vor, der andere schwatzt nach. Oder ist es eher so: Der eine denkt vor, der andere schreibt nach? So ganz klar ist das nicht. Jedenfalls: Am 14. Oktober 2009 stellte Maurer dem Bundesrat den Antrag, auf die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu verzichten. Man könne sie sich nicht leisten, so der Verteidigungsminister. Zwei Wochen später schrieb Roger Köppel im Editorial der «Weltwoche»: «Die Schweiz braucht zur Landesverteidigung keine Luftwaffe. Das ergibt sich zwingend aus den Fakten. Prestige-süchtige Flieger- und Panzerkäufe bringen nichts.»

Viereinhalb Jahre später klingt alles anders: «Wer Ja sagt zur Armee, muss auch Ja sagen zum Gripen», wiederholt Maurer ständig. Und Köppel steht Gewehr bei Fuss: «Keine reguläre Armee der Welt verzichtet auf Kampfflugzeuge, die periodisch ersetzt werden müssen», schrieb er diese Woche. «Deshalb gibt es keinen vernünftigen Grund gegen den Kauf neuer Maschinen des Typs Gripen E.»

Haben Ueli Maurer und Roger Köppel umgedacht? Oder damals oder heute nicht nachgedacht? So ganz klar ist das nicht.

Dennis Bühler ist Inlandredaktor der «Südostschweiz».

■ SCHWEIZERHÖFLI



VON MARC SCHWITTER

Am Stammtisch. Koni legt lachend die Zeitung weg. «Also eines muss man ihm lassen: Unser Verteidigungsminister ist wahrlich kein Kind von Traurigkeit.» Peter: «Hast du seinen Frauenwitz etwa lustig gefunden?» Koni: «Der Witz an sich ist älter als die Flieger, die ersetzt werden sollen. Aber bei einem Abstimmungskampf im Rückstand zu sein und sich dann über die Hälfte des Stimmvolkes lustig zu machen – Chapeau, Ueli!» Peter seufzt. «Das musst du verstehen. Der Maurer ist im Krieg. Da hat man keine Zeit, um zu lange überlegen, sondern muss auch mal aus der Hüfte schiessen.»

Koni bestellt noch eine Stange. «Man kann ja über den Gripen sagen, was man will, kampftauglich ist er auf alle Fälle. Den schwedischen Botschafter hat er schon abgeschossen.» Peter nickt. «Bei den Schweden liegen die Nerven blank. Das ist auch verständlich. Bei Ikea sehen sie tagtäglich, wie die Schweizer Dinge kaufen, die sie nicht brauchen, aber ausgerechnet beim Gripen machen die Eidge-nossen so ein Theater.» Koni nimmt einen Schluck Bier. «Bin gespannt, wer der neue Botschafter sein wird. Falls der Gripen abgelehnt wird, würde sich Pippi Langstrumpf am besten eignen. Die hat auch eine grosse Klappe und mischt sich überall ein.» Peter röhrt mit dem Löffel in seiner Kaffeetasse. «Also wenn der Gripen tatsächlich an der Urne abstürzt, bin ich mir fast sicher, dass der Christoph dem Ueli einen Gefallen macht und ihm den Flug zu Weihnachten schenkt. Dann muss er nicht mehr in der 'Rundschau' brüelen.» Koni seufzt. «Das wäre vielleicht eh die beste Lösung. Dazu noch eine passende Karte: 'Schweizer Armee. Wenigstens wir wissen, warum'.»

Marc Schwitter aus Rapperswil-Jona arbeitet unter anderem als Pointenschreiber für Giacobbo/Müller. www.textpingpong.ch

■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



■ KOLUMNE VON GREGOR RUTZ*

Verhältnismässig uneinsichtig

Der Schweizer Stimmbürger hat Glück: Bei fast allen politischen Fragestellungen hat er ein Wörtchen mitzureden. In der Schweiz sind die Bürger die oberste Instanz. Weder der Bundesrat, das Parlament noch das Bundesgericht können ohne placet der Stimmbürger ein Gesetz oder gar die Verfassung ändern. Für jede Verfassungsänderung ist eine Mehrheit von Volk und Ständen zwingend. Und jedes Gesetz kann mittels fakultativen Referendums bekämpft und zur Abstimmung gebracht werden. Dies bringt uns Stabilität, Wohlstand und Ruhe.

Unser föderalistisches, dezentrales Staatssystem schafft optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Die Effizienz von direkter Demokratie und Föderalismus wurde vor einigen Jahren im Rahmen einer HSG-Studie auch wissenschaftlich belegt. Die direkte Demokratie führt zu einer besseren wirtschaftlichen Performance. Der Grund dafür ist einfach: Überall dort, wo die Politiker persönlich für Entscheide geradestehen müssen, herrscht Ordnung und Übersicht. Dies ist vor allem auf kommunaler Ebene der Fall: Wo die Bürger direkt über Finanzfragen mitbestimmen können, sind die Ausgaben tiefer, ist die öffentliche Hand weniger verschuldet und arbeiten die öffentlichen Betriebe effizienter. Dass die Finanzen auf Bundesebene immer mehr in Schieflage geraten, hat auch direkt mit fehlenden Einflussmöglichkeiten der Stimmbürger zu tun.

Die Schweiz hat gute Erfahrungen mit der direkten Demokratie gemacht: Das Prinzip, dass das Volk das letzte Wort hat, bewährte sich in der Vergangenheit immer wieder. Die umfassenden demokratischen Rechte der Schweizer Bürger bedingen, dass die Behörden in ihrer Macht eingeschränkt werden: Sie schulden dem Souverän Rechenschaft. Zudem müssen sie stets gewärtigen, dass korrigierend in die Behördentätigkeit eingegriffen wird – sei es mittels Referendum oder Initiative. Diese einst unbestrittenen Grundsätze sind ins Kreuzfeuer von Politikern und Juristen geraten. Dass die Bundesverfassung jederzeit und überall geändert werden kann, soll nicht mehr unbedingt gelten. Spätestens mit der neuen Bundesverfassung von 1999 wurden «Schränken der Verfassungsrevision» eingeführt. Die Praxis des Bundesgerichts, welche sich immer öfter an der Rechtsprechung der europäischen Gerichtshöfe orientiert, trägt dazu bei, dass die demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten von Parteien und Stimmbürgern zunehmend eingeschränkt werden.

Dabei dürfen wir nie vergessen: Die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bevölkerung sind oft ein Korrektiv zu unbefriedigenden Behördentscheiden. Volksrechte werden dann ergriffen, wenn die Bürger mit der Politik nicht mehr zufrieden sind. Dies zeigen verschiedene Abstimmungssentscheide wie beispielsweise die Annahme der Ausschaffungsinitiative, der Unverjährbarkeitsinitiative oder der Verwahrungsinitiative. Am 18. Mai kommt eine nächste, ähnliche Initiative an die Urne: die Volksinitiative «Pädo-phile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen».

Ähnlich wie die Ausschaffungsinitiative steht auch diese Initiative im Kreuzfeuer der Juristen. Es heisst, die Initiative sei «nicht verhältnismässig». Die Kritiker verstehen die Verhältnismässigkeit dahin gehend, dass ein Täter – etwa ein Pädokrimineller – eine zweite Chance erhalten solle. Nicht alle Täter sollen ein lebenslanges Verbot erhalten, mit Kindern oder Behinderten zu arbeiten. Die Initiative hingegen fordert, dass Straftäter, welche sich an Kindern oder Abhängigen vergangen haben, ihr Leben lang nicht mehr mit potenziellen Opfern arbeiten dürfen. Genau gleich wurde gegen die Ausschaffungsinitiative argumentiert: Es sei falsch, dass die Begehung gewisser Straftaten für ausländische Straftäter automatisch zu einer Landesverweisung führe. Dies sei «unverhältnismässig».

Ich halte diese Begründungen für absurd: Ordnet man bei verurteilten Straftätern eine präventive Massnahme an, um weitere Opfer zu verhindern, halte ich dies nicht nur für verhältnismässig, sondern geradezu für zwingend. Die Diskussionen zeigen aber auch etwas anderes: Viele Politiker verschließen sich vor der Kritik aus dem Volk. Man will nicht wahrhaben, dass viele Stimmbürger die Politik aus Bundesfern nicht mehr mitmachen können. Die Kritiker sagen, gewisse Initiativen seien «nicht umsetzbar», weil sie sich nicht in die bisherige Gerichtspraxis einfügen. Dabei übersehen sie geflissentlich, dass das Volk genau diese Praxis korrigieren will.



* Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung. Seit 2012 vertritt er die SVP im Nationalrat. Er ist Präsident der IG Freiheit und wohnt in Zürich.

■ TWEETS DER WOCHE

«Meine Nachbarn lieben Bob Dylan. Sie trampeln begeistert mit. Als ich die Musik leiser gedreht habe, hat sofort das Trampeln nachgelassen.» Ob Texter (Peter Breuer @peterbreuer) das Verhalten seiner Nachbarn richtig interpretiert?

«Ich dachte mein Leben lang, ich könnte nicht bürgeln, bis man mir gestern sagte, mein zehn Jahre altes Bügeleisen sei von jeho kaputt gewesen.» Sursulapitschi (@schurrimurri) betreibt Ursachenforschung.

«Es ist super, dass der Wecker morgens immer so pünktlich wach wird. Warum er dabei so viel Krach machen muss, verstehe ich allerdings nicht.» Rauschi (@_wortrauschen) hat das Prinzip Wecker irgendwie nicht ganz verstanden.

«Kopf hoch meine Freunde von Bayern: Im Sommer greifen wir gemeinsam an. #fcbrmax»

Der deutsche Fussball-Nationalspieler Mesut Özil (@MesutOzil1088) spendet seinen vielen Nationalmannschaftskollegen beim FC Bayern München Trost nach der Schlappe im Champions-League-Halbfinale gegen Real Madrid.

«Verlieren ist wie gewinnen. Nur umgekehrt.» Auch dieser «aufmunternde» Tweet von Paul Fausser (@PaulFausser) richtet sich direkt an die Stars des FC Bayern München.

«Veloanhänger offen in der nassen Nacht stehen gelassen. Werde der Tochter die Fahrt in die Kita als Kanu-Adventure auf Amazons verkaufen.» Abenteuerliches Vorhaben: Ob Goldvreneli (@froumeyer) ihre Tochter damit versöhnlich stimmen konnte?